



## Klare Kante bei Dualer Berufsausbildung

Die europäische Kommission wird in den kommenden Monaten europaweite Berufsbilder für einzelne Berufe vorlegen. Dies sieht die Berufsanerkenntnisrichtlinie von 2013 vor. Demnach bestehen diese Berufsbilder dann parallel zu den nationalen Berufsbildern. Die Befürchtung ist, dass sich langfristig die europaweiten Berufsbilder bei Auszubildenden aufgrund geringerer Anforderungen durchsetzen werden. Das Ziel der Kommission, für bestimmte Berufe europaweit einheitliche Lernergebnisse und damit Berufsbilder festzulegen, wird langfristig dazu führen, dass die Ausbildungsinhalte nationaler Berufsbilder angepasst und nach unten nivelliert werden. Die Sorge ist, dass das Niveau der "europäischen" Berufsbilder lange nicht an das deutsche Niveau reichen wird, um mehr Mobilität zu erreichen. Für die duale Ausbildung in Deutschland



und Österreich wäre dies ein herber Schlag. Es gilt das hohe Niveau mit ehrgeizigen Ausbildungsinhalten zu halten.

In einem Gespräch mit Kommissarin Marianne Thyssen, zuständig für Beschäftigung und Arbeitsmarktmobilität, wiesen Markus Pieper und Markus Ferber gemeinsam mit Vertretern des DIHK und ZDH auf diese Befürchtung hin. Bereits im Dezember letzten Jahres führte der PKM Europe mit Kommissar Günther Oettinger ein Gespräch zu diesem Thema, da die Kommission in den kommenden Monaten die delegierten Rechtsakte vorlegen wird.

Von links: Karin Rögge (ZDH), Markus Ferber MdEP, Marianne Thyssen (Kommissarin für Beschäftigung), Markus Pieper MdEP, Günter Lambertz (DIHK)

## Bessere Rechtsetzung - Bericht im Parlament

Der Initiativbericht zur REFIT-Mitteilung der Kommission wird Ende Februar im Rechtsausschuss behandelt. Der PKM Europe setzt sich besonders für eine starke und unabhängige Rolle des Ausschusses für Folgenabschätzungen in der Kommission ein. Ebenso ist ein unabhängiges Beratungsgremium mit externen Sachverständigen nach Meinung des PKM Europe notwendig, das die EU-Gesetzgebung auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit überprüft. Das Europäische Parlament hatte dies bereits mit überragender Mehrheit in seiner Entschließung von November auf Initiative der EVP gefordert. Die Vorstellungen der S&D-Berichterstatterin, die sie vergangene Woche in einer Aussprache angedeutet hatte, gehen an der zentralen Idee des Programms der Kommission vorbei. Hier werden noch Korrekturen notwendig.

Die Ausschussabstimmung ist für den 24. März vorgesehen. In ihrer Mitteilung hatte die Kommission über den Fortschritt zu ihrem Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) berichtet.

## Beratung über europäische Rechtsform - Ein-Personen-Gesellschaft (SUP)

Der PKM Europe unterstützt grundsätzlich Rechtsformen, mit denen sich Ein-Personen-Gesellschaften mit beschränkter Haftung gründen können. Der Vorschlag der Kommission mit dem beabsichtigten Gründungsverfahren gewährleistet aber keine ausreichende Rechtssicherheit und führt zu einer Aushöhlung der Mindeststandards.

Der Vorschlag der Kommission zur europäischen Ein-Personen-Gesellschaft ist umstritten im Parlament. Zunächst findet daher Ende Februar eine Diskussion im Rechtsausschuss auf der Basis eines Arbeitsdokumentes statt. Der Berichtsentwurf ist für April geplant.